

Vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarschaftsverkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk. 2.20 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Gegründet 1877.



Die 1/2spaltige Petit Zeile oder deren Raum 12 Pf. Die 1/4spaltige Zeile oder deren Raum 8 Pf. Die 1/8spaltige Zeile oder deren Raum 5 Pf. Bei Wiederholungen unveränderlicher Anzeigen entsprechend der Rabatt. Bei gerichtlicher Einziehung und Konfiskation ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 275 | Druck und Verlag in Altensteig. | Freitag, den 22. November. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1918.

Der Hungerkrieg.

Der „Mittl. Bl.“ wird aus Berlin u. a. geschrieben: Ueber die Wirkung des Hungerkriegs kann erst jetzt ganz offen gesprochen werden. Mit dem Augenblick, da England die Bestimmung der Londoner Deklaration, daß Rohstoffe und Nahrungsmittel von der Beschlagnahme frei bleiben müssen, außer Kraft gesetzt hatte, fehlten Deutschland für drei Milliarden Mark Lebensmittel jährlich. Die Rationierung ermöglichte das Durchhalten, der Schleichhandel begünstigte eine kleine Minderheit, für Millionen Deutscher bedeutete die Verhängung der Hungerblockade unsägliches Elend. Auf Grund der Mitten des Reichsgesundheitsamts kann festgestellt werden, daß viele Leute, die nicht die Möglichkeit hatten, sich über die Rationierung hinaus Nahrungsmittel zu beschaffen, am Hunger zugrunde gegangen sind. Gewichtsverluste von 60 Pfund und mehr waren nicht selten. Der plötzliche Zeitstopp hatte zahlreiche Gesundheitschäden zur Folge: Unterleibsbrüche, Wandernieren, Darmkrankheiten, hartes Aufstreten der oft tödlichen Doherty-Krankheit, Nierentzündung ist das Zeichnen der Sterblichkeit an Tuberkulose. Im Jahre 1913 starben daran auf 10.000 Menschen 14,3, im Jahre 1918 deren 31,71. Nicht nur unzulänglich, sondern auch gesundheitsgefährlich ist die Kriegsnahrung, da infolge des Getreideausfalls ein schwer verdauliches, oft mit unbedauerlicher vermahlener Kleie oder feinstem und mit Unkrautsamen vermischem Mehl bereichertes Kriegsbrod genossen werden muß. Im vorigen Jahr mußte in die Ernährung die Kohlrübenkost eingeführt werden, die schlimme Darmbeschwerden und damit besonders starken Kräfteverfall hervorrief.

Aus dem Material des Reichsgesundheitsamts lassen sich zahlreiche Einzelheiten aufführen, die das Bild einer erschütternden Notlage ergänzen. Statt drei Liter Milch auf den Tag wie in Friedenszeiten erhalten Kinder im dritten und vierten Lebensjahr nur drei Viertel Liter, und auch diese Menge fehlt in den großen Städten oft. Die gelieferte Fleischmengen ist unzureichend, und das ist umso schlimmer, als auch Frische, Eier und Butter fehlen. Professor Kubner von der Berliner Universität verweist in seinem Gutachten auf die Wichtigkeit des Eiweißverlustes, auf das Kleinerwerden aller Organe, die erhöhte Zerbrechbarkeit des Darms, die Abnahme von Leber, Niere und Nieren hin. Er gibt eine Statistik der Sterbefälle für das weibliche Geschlecht, wonach die Zunahme der Sterblichkeit im ersten Halbjahr 1917 gegenüber 1916 in Berlin nicht weniger als 27,4 v. H. betrug. Professor v. Müller von der Universität München stellt in Bayern einen Geburtenausfall von 200.000 fest, eine Abnahme, die nicht allein auf die Einberufung der Männer zum Wehrdienst zurückzuführen sei, weil dazu die Zahl der Weibchen zu groß sei, sondern auf Unterernährung und die gesteigerte Veranlassung der Frauen zu schwerer Nämmerarbeit. Nach diesem Gewährsmann ist die Sterblichkeit der heranwachsenden Jugend ebenfalls stark gestiegen. Erschwerend kommt zu den hier gekennzeichneten Erscheinungen noch die Tatsache, daß es infolge der Blockade an Rohstoffen für zahlreiche Heil- und Desinfektionsmittel, Nährmitteln für Kranke, Kautschuk für Gummihäute und dergleichen mangelt, wodurch ebenfalls die Leiden der Kriegszeit mittelbar außerordentlich erhöht worden sind.

So steht es seit Beginn der Hungerblockade, und eine Abhilfe ist zunächst nur vom Eingreifen der glücklichen Länder zu erhoffen, die über reichliche Vorräte verfügen. Die Hilfe ist uns zugesagt, und auch schon in die Wege geleitet. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß, wenn das deutsche Volk vor Verzweiflung und Anarchie gerettet werden soll, diese Hilfe schnellstens einsetzen muß.

Das Programm der Fortschr. Volkspartei.

Stuttgart, 21. Nov. Im Stadtpark fand gestern abend eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei statt, in der der frühere Staatssekretär Konrad Haufmann über die gegenwärtige Lage sprach und im Anschluß daran die Richtlinien darlegte, die unter den neuen Verhältnissen die Politik der Partei werden bestimmen müssen. Die Versammlung war von Angehörigen aller Parteien so stark besucht, daß beide Säle bis auf den letzten Platz besetzt waren, als Bürgergenossenschaftsmitglied Haufmann mit dem Dank an

die heimkehrenden Truppen und an die Führer Pager und Haufmann den Abend eröffnete.

Reichstagsabg. R. Haufmann führte in seiner, oft von starkem Beifall unterbrochenen Rede aus:

Deutschland hat den Krieg verloren. Die tapferen Truppen kehren mit gefestigter Fehne in die Heimat, die durch ihre Aufopferung unermüdet ist und die sie voll Dank und voll Begeisterung empfängt.

Der Kaiser hat die Krone verloren, und er hat jede deutsche Monarchie in seinem Sturz hineingezogen. Das bisherige System ist zusammengebrochen.

Neben der Schuld der Einkreisungspolitik Russlands, Frankreichs und Englands dürfte man den Schuldteil nicht verschweigen, der den Kaiser mit seinem Gottesgnadentum und die rückwärtigen Verfassungszustände Deutschlands trafen. Wäre Deutschland eine Demokratie gewesen, so wäre der Krieg nicht gekommen oder lange vor dem Zusammenbruch gerendet worden. Die ungenügende Politik Ludendorffs sei ein Verhängnis gewesen, seine Forderung des Rücktritts Bethmans wegen Friedensneigung diktatorische Ueberhebung, die Durchkreuzung der Politik des Reichstags, der am 19. Juli 1917 Einleitung des Friedens verlangte, eine Todsünde. Das Kriegsvorbereitungsgeschäft der Alldeutschen und der Vaterlandspartei sei Wahnsinn.

Kirch trug eine unerhörte Verantwortung; der U-Bootkrieg sei ein unerhörter Fehler gewesen. Michaelis und Hertling haben die wichtige Zeit vom Juli 1917 bis Februar 1918 ungenügend verteidigt lassen. Der Vorfriedenspolitik vom Januar 1918 fehlte das staatsmännische Augenmaß. Wir haben rechtzeitig zum Frieden vor der Frühjahrsöffnung gedrängt. Ich klage diejenigen an, die eine blinde Ankerpolitik getrieben. Ich klage die Verblendung an, die anderthalb Jahre lang dem preußischen Volke das gleiche Wahrschrot weiserte hat. Ich klage die zaghafte Schwermütigkeit der Staatsleitung an, die sich immer vor ein „Ja ja!“ gestellt sah und in der höchsten Gefahr erst eine demokratische Regierung zu spät gerufen hat.

Prinz Max — vor einem Jahr berufen — hätte sicher die Politik in eine andere Richtung gelenkt. Im Oktober 1917 habe mit auf demokratische Empfehlung im Parlament dem Kaiser die Berufung dieses Staatsmanns vergeblich vorgeschlagen. Seine Regierung habe in einem kurzen Monat das Reich demokratisch umgestaltet und würde auf gesetzlichem Wege dieses Werk fortgeführt haben, nachdem der Kaiser auf den drängenden Rat des Reichstags und der demokratischen Ratsmitglieder zurückgetreten ist. Der Staatsrat muß neu ausgerichtet, der Freistaat eine feste Grundlage werden. Das deutsche Volk lehne jeden gesetzlosen Zustand und jede Diktatur ab.

Die Grundlinien unserer Politik:

Wiederherstellung des Vaterlands und des Volkes, Schaffung von Arbeit und darum keine Desorganisation des Wirtschaftslebens. Ein freier, freier Wirtschaftspakt müßte von der organisierten Arbeiterschaft und den Unternehmern geschlossen und durchgeführt werden. Die neue Freiheit habe Ordnung, Gerechtigkeit und Sicherheit zur Voraussetzung. Das Volk dürfe nur dem Gesetz unterworfen werden, das sich das Volk selbst gegeben hat. Die Würde der Arbeit sei das Kennzeichen der neuen Zeit.

Der Idealismus als Gegengewicht des Egoismus und Materialismus sei von Staatswegen zu pflegen.

Kedner betont als Folgerungen aus diesen demokratischen Ideen:

1. Konstituierende Nationalversammlung und Landesversammlung, Freistaat als Regierungsform, Einkammersystem, Abschaffung der Reichspräsidenten und der Ordensverleihungen.
2. Reichseinheit, Aufnahme Österreichs, Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters und des Bundesstaats Württemberg, Stärkung des Selbstverwaltungsorgans im Staat und in der Gemeinde.
3. Grundrechte sind unter den Verfassungsschutz zu stellen: Gewissensfreiheit und Bekenntnisfreiheit, freie Kirche im freien Staat, Religionsfreiheit aller Staatsbürger ohne Unterschied der Religion, des Berufs und Geschlechts, Recht auf Arbeit, Erwerbslosenfürsorge anstelle von Armenfürsorge, Schutz der persönlichen Freiheit, Schutz des Privateigentums, Recht auf Volksbildung, Schutz der Wissenschaft und Kunst, Reform des Schulwesens und gesunde Schulpolitik mit staatsbürgerlichem Unterricht.
4. Feste Regierungsgrundlage und Landesverfassung. Die Regierung muß mit dem Vertrauen der freigeählten Volksvertreter stehen und fallen. Der demokratische Grundgedanke der Mehrheit muß regierungsbildend wirken. Die Minister sollen zunächst dem Parlament entstammen.

Die unmittelbare Volksabstimmung muß über einschneidende Gesetze entscheiden.

Der Arbeit und dem Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes muß ihr Recht und ihr Schutz werden. Die Gewerkschaften sind als Grundstock der Arbeiterorganisationen anzuerkennen. Internationaler Arbeitertag als gesetzliche Regel, Förderung der Genossenschaftlichkeit des Arbeitervolkstums; staatliche Förderung der Landwirtschaft, besonders durch Unterstützung von Kulturmaßnahmen, innere Kolonisation, Aufhebung der Fideikommiss- und Aufhebung unrentabel wirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes, genossenschaftliche Zusammenarbeit.

Staatliche Förderung des Handwerks und des Mittelstands insbesondere durch Fachunterricht, Fachvereine und genossenschaftliche Zusammenarbeit.

Der Industrie und dem Handel, deren Unternehmungsgeist nie entbehrlich war, müssen die Bedingungen zum Bezug von Rohstoffen und zum Export geschaffen werden.

Zwischen Produzenten und Konsumenten sind auf den hierfür geeigneten Gebieten unmittelbare Beziehungen zu begründen.

Übernahme der monopolistisch entwickelten Wirtschaftsbetriebe, wo immer kein Rückgang der Wirtschaftlichkeit droht, in Staatsbetrieb oder wirtschaftlich gemeinschaftlichen Betrieb.

6. Reichseisenbahnen, Ausgestaltung der Eisenbahnschiffahrtswege.

7. Gerechte Verteilung der öffentlichen Kosten. Hohe und progressive Besteuerung der Besitzenden, Schließung der Kriegsgewinne, vor allem derjenigen aus Staatsaufträgen.

Einmalige progressiv gestaltete Vermögensabgabe.

8. Sparsamste Verwaltung mit einfacher Behördenorganisation, verstärkte Mitwirkung des Volkes bei Rechtsprechung und Verwaltung.

9. Der Inhalt und Geist des Friedensvertrags wird über den Völkerbund entscheiden, dem Deutschland beitreten kann, wenn gerechte Grundlagen und Handhabungen vorliegen sind.

10. Der Friedensvertrag bestimmt den Umfang der notwendigen Abrüstung, die Herabsetzung der Dienstdauer und die gesamte Umgestaltung des Heereswesens, aus dem das Militär-Privileg wie jedes Offizierprivileg weichen muß.

Das Wichtigste aber ist die Bildung einer freien Staatsgewalt. Die neue Freiheit kann einzig durch Völkervereinigung und Terror einer Minderheit gefährdet werden. Darum müsse das ganze Gewicht des Volkswillens den Völkervereinigungen entgegengebracht werden. Der habe ein schlechtes Gewissen, der die Volkswahl fürchtet. Deutschland lasse sich nicht von einer kleinen Versammlung tyrannisieren, die sich von Rußland aus leiten läßt.

Alle, die gleichen Sinnes sind, auch Frauen und die Jugend, müsse man erkrufen, einen Ball um das Vaterland zu bilden.

Zwei Mahnungen.

Berlin, 21. Nov. Die Tatsache, daß der englische Admiral Beatty es abgelehnt hat, mit den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats zu verhandeln, und die Verfügung Wilsons, daß die für Deutschland bestimmten Hilfsgüter an Lebensmittel, solange in Rotterdam und Kopenhagen zurückgehalten werden sollen, bis die Verhältnisse in Deutschland eine geordnete freiheitliche Verfassung und die Gewähr für eine ordnungsmäßige Verteilung der Lebensmittel sicherstellen, begleitet der „Vorwärts“ mit folgender Bemerkung:

Darin sind zwei Mahnungen enthalten: Die deutsche Revolution hat eine Lücke geschaffen und daß sie durch die Bildung der K- und S-Räte ausgefüllt sei, will man auf der anderen Seite nicht anerkennen. Solange eine ordentlich gewählte Volksvertretung nicht vorhanden ist, gibt es weder Frieden noch Brot. Man muß darauf gefaßt sein, daß dies von dort erklärt wird. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als entwickelten wir uns nur unter äußerem Zwang zu einer demokratischen Staatsverfassung. Diese Verfassung wird vom sozialdemokratischen Programm gefordert. Die Reichsleitung hat erklärt, daß alle Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht vorzunehmen seien, auch die in Vorbereitung befindlichen Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes ist offensichtlich damit einverstanden. Das deutsche Volk will in seiner Mehrheit Frieden und Brot. Sie wird sich daher aus eigenem Willen die rein demokratische freiheitliche Verfassung geben, die sie braucht, um zu jenen Gütern zu gelangen. Wollte sie nicht, sie müßte. Aber sie will. Sie wird auch die allgemeinen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung des Volkes nicht überflüssig hinausögern wollen, weil sie weiß, daß dadurch das Friedenswerk gefährdet wird.

Thon, 21. Nov. Dem „Progres“ zufolge erklärte die Regierung im Ausschuss für Auswärtiges, bevor nicht in Deutschland die Nationalversammlung gewählt und die deutsche Regierung durch das ganze Volk bestätigt sei, könne an Friedensverhandlungen nicht gedacht werden.

Die Umwälzung im Reich.

Reichskonferenz.

Berlin, 21. Nov. Die Reichsregierung hat die Regierungen der deutschen Freistaaten zu einer Konferenz am Montag den 25. November eingeladen. Gegenstand der Konferenz ist die Beipredung der politischen Lage, die Darlegung der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die Verständigung über ein künftiges Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Freistaaten.



Der Kompetenzstreit.

Berlin, 21. Nov. Die verlanget, sind die Verhandlungen zwischen der prov. Regierung und dem Volksgewalt des Arbeiter- und Soldatenrats über die Abgrenzung der gegenseitigen Befugnisse befruchtend verlaufen.

Deutsche demokratische Partei.

Berlin, 21. Nov. Die Fortschrittliche Volkspartei und ein erheblicher Teil der Nationalliberalen haben sich mit den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufes vom 16. Nov. 1918 auf die Grundzüge dieses Aufrufes geeinigt. Die „Deutsche demokratische Partei“ ist damit ins Leben getreten.

Die nationalliberalen Abgeordneten v. Richter, Dr. Jura, List und Jäger sind in die Deutsche demokratische Partei übergetreten: In dem Vorstand der Partei sind u. a. Fischel, Waldstein, Preuß, Theodor Wolf (Chefredakteur des Berl. Tagbl.), Prof. Weber und drei Frauen.

Berlin, 21. Nov. Die Nationalliberale Partei macht, wie die „Tägliche Rundschau“ schreibt, durch die Wendung zu ihrer Linken vor eine neue Lage gestellt. Sie ist anzunehmen, daß sie mit einem neuen Programm vor die Öffentlichkeit treten werde, wie sich ja auch die Sozialisten umgruppierten wollten.

Schlagung deutscher Generalkonsulate.

Berlin, 21. Nov. Von verschiedenen Seiten wird berichtet, deutsche Kriegsgefangene in Rußland haben Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und mit Wissen und auf Anstiften der Sowjetregierung die deutschen Generalkonsulate in Petersburg und Moskau verhaftet. Als die Sowjetregierung wurde deshalb eine Anfrage gestellt, worauf diese antwortete, sie wolle nicht mit Beamten der hochherrlichen Macht verkehren, auch wenn sie sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hätten. Die vorl. Regierung hat darauf die Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg und Moskau erjudet, je einen Vertreter nach Berlin zu senden, damit der Sachverhalt festgestellt werden könne.

Die deutschen Truppen in Warschau.

Berlin, 21. Nov. Ueber die Entlohnung der deutschen Division in Warschau berichtet der „Berl. Volksbeobachter“: Die ganze deutsche Garnison, 17 000 Mann, ließ sich von 4500 polnischen Legionären, von denen nur 400 Gewehre besaßen, entwaffnen. Die Polen machten nach der „Gaz. Poranna“ folgende Beute: Den Offizieren wurden 300 Pferde abgenommen, den Husaren 1000, dem Spital 200 und einem Zug, der aus der Ukraine kam, 400 Pferde. Auf dem Flugplatz Nowy wurden 30 fertige und 40 abgerüstete Flugzeuge „probiert“, auf der Chmielnastraße die Lager für Arzneimittel und Verbandzeug, geschätzt auf 28 Millionen Mark. Auf dem Bahnhof Warschau-Praga wurden 61 geschützte Gebäude mit Proviant, Uniformen, Munition für mehrere 10 Millionen in Beschlag genommen. Wir haben den Polen 113 000 Wagen mit 1500 Lokomotiven, Feuerkabel und alles Zubehör. Der Schaden wird ohne Eisenbahnmateriale auf über 700 Millionen Mark beziffert.

Berlin, 21. Nov. Im Gouvernement Warschau haben polnische Truppen die Postkutschschaften der deutschen Postwagen ausgeplündert und aufs schmerzhafteste beschadet.

Innsbruck von den Italienern besetzt.

Wien, 21. Nov. Laut Meldungen an das Staatsamt für Deereswesen ist die Stadt Innsbruck von italienischen Truppen besetzt.

Lesefrucht.

Das schlimmste Uebel ist der Ungehorsam. Er läßt die Staaten, er verheert die Städte, er bricht des Königs Krone in der Schlacht. Gehorsam ist des Lebens bester Schutz, ihn muß man hüten wie der Festung Mauern. Sophokl.

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Walder.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, das hatte ich fast vergessen. Aber wenn wir in Waldow sind, Papa und ich, dann müßt du deine Residenz so lange nach Schellungen verlegen. Du müßt doch da auch zuweilen nach dem Rechten sehen.“

„Möchtest du das gern?“ fragte Graf Ramberg.

„Sie nicht ernstlich.“

„Selbstverständlich. Du und Waldow, ihr seid mir ungetrennliche Begriffe. So recht habe ich immer nur etwas von dir gehabt, wenn wir in Waldow waren. Hier in der Residenz besuchst du uns immer nur so im Fluge. — Schade, daß wir nicht immer in Waldow leben können.“

„Du bist du der Residenz müde?“

„Sie zuckte die Achseln.“

„Denkst du, unter all den Menschen, mit denen wir verkehren müssen, Papas Stellung wegen, ist einer, mit dem ich mich so gern unterhalte als mit dir? Ausgeschlossen. Es ist alles leere Phrasen, was man redet und anhört.“

„Ich willstere nun einmal mehr für das Landleben,“ fuhr Josta fort. „Aber Papa ist leider bloß ein armer Freiherr, und Waldow ist zu einem kleinen Bachtgut zusammengeschmolzen. Es bringt kaum so viel ein, daß wir uns satt essen könnten. Und so sehe ich die Notwendigkeit ein, daß Papas Ministergehalt uns für die übrigen Annehmlichkeiten des Lebens sorgt. Also — trage ich mit Würde das Schicksal einer Ministerin. Aber — nun will ich auch nicht länger aufpassen, sondern mich umsehen. Nur

einmal Trübsen besetzt worden. Das Gaudium für Josta hat Vorstellungen erhoben.“

Wien, 21. Nov. Heute traf ein 5 englische Sozialistenautomobile ein, die Lebensmittel für die Kriegsgefangenen des Entente besetzten.

Neues vom Tage.

D Traud wieder im Kircken.

Dortmund, 21. Nov. Herr D. Traud ist vom Oberkirchenrat wieder in sein früheres Amt eingesetzt worden.

London, 21. Nov. Kabis berichtet, im Verlaufe werde verlangt, Kaiser Wilhelm II. in seinem Gewohnheit zu halten. Sein Aufenthalt in England sollte in im nächsten Winter in München werden.

Der Völkerverbund.

London, 21. Nov. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, Wilson hoffe, daß die allgemeine Grundzüge für den Völkerverbund schon auf der Friedenskonferenz festgelegt werden können.

Die Grenzen von Elsaß-Lothringen.

Bern, 21. Nov. Die französischen Blätter beschäftigen sich anlässlich der Besetzung Elsaß-Lothringens mit der Festlegung der Grenze dieser beiden Provinzen. Der Temps veröffentlicht eine Karte, in der die Grenze von 1815 mit dem Bezirk von Landau und dem Saarbrücker Gebiet als zu Frankreich gehörend bezeichnet wird. — Paris Parisien verlangt außerdem eine Klausel im Friedensvertrag, daß niemals wieder deutsche Garnisonen auf das linke Rheinufer kommen dürfen.

Die feindlichen Besatzungstruppen.

Paris, 21. Nov. „Temps“ meldet, die das deutsche Gebiet besetzenden Truppen werden 4 Millionen Mann stark sein, wovon ein schwaches Drittel auf die Engländer entfällt. Luxemburg wird von Belgiern besetzt.

Frankreich gegen Groß-Deutschland.

Paris, 21. Nov. Der Temps schreibt, die Entente müsse darüber wachen, daß die deutschen Länder Oesterreichs nicht wieder unter die Herrschaft Preußens geraten. — Journal des Debats verlangt, daß die Entente die Vereinigung mit Gewalt verhindern. Den deutsch-österreichischen Gebieten müsse die Vornahme von angeblich nationalen Befreiungen bis zur Festlegung der Ordnung unterlagert werden. Die Entente müsse Wien besetzen. — Die Nation Française verlangt, daß die Entente einen Einfluß auf die deutsche Konstituante ausübe. Die Entente müsse unverzüglich festsetzen, unter welchen Bedingungen die deutsche Nationalversammlung gewählt werde.

Warum die Feinde gesiegt haben.

Berlin, 21. Nov. Nach den „Berl. N. Nachr.“ schreibt Oberleutnant Fabre in dem Pariser Blatt „Lui“: Wir haben gesiegt, weil wir körperlich stärker, zahlreicher, besser ausgerüstet und innerlich widerstandsfähiger waren. Hoch erkannte die gewaltige Macht der Tanks. Nicht große strategische Gedanken brachten uns den Sieg, sondern das Verfahren des Angriffs. Durch den Marne Sieg von 1914 war eine unverlegliche Front vom Meer bis Belfort entstanden. Vor allem aber haben wir gesiegt, weil wir festgesetzte, national geeinte Völker waren. Wehe den Heeren, die vom eigenen Volk im Stich gelassen werden. So erging es dem russischen, dann dem österreichischen und zuletzt dem deutschen Heer.

Der Einzug in Paris.

Paris, 21. Nov. In dem Einzug der siegreichen Truppen durch das Sienator und die Elisee-Strasse werten

den auch die Könige von England, Italien, Belgien, Serbien und Montenegro, sowie Präsident Benito von Griechenland und wahrscheinlich Präsident Wilson teilnehmen. Auch Japan, China und Portugal werden vertreten sein.

Straßburg, 20. Nov. Die „Straßb. Post“ wird mit dem heutigen Tage ihr Erscheinen eingestellt.

Die amerikanische Abrüstung.

Bern, 21. Nov. Die Abrüstung der Vereinigten Staaten wird laut Mitteilung des Generals March folgendermaßen verlaufen: In den nächsten 14 Tagen werden zunächst die in den Truppenlagern der Vereinigten Staaten befindlichen 200 000 Mann entlassen. Dann werden täglich 30 000 Mann entlassen. Bis zur Höhe von 1 700 000 Mann. Die Verwandten und Invaliden sollen so schnell als möglich nach den Vereinigten Staaten zurückgebracht werden.

England und Amerika.

London, 21. Nov. „Daily News“ meldet aus New York: Die einflussreiche Wochenschrift „New Republic“, die als Sprachrohr Wilsons gilt, schreibt: Den Sieg bringt England in eine wichtigere Stellung als nach der Schlacht von Waterloo. Der ganze Handel wird den Beherrschern der Meere unterworfen sein. Die einzige Gefahr für die englische Übermacht bilden die Tauchboote. Die Vereinigten Staaten sind jetzt die gefährlichsten Witterer Englands, mit denen die alliierte Seemacht zu rechnen hat. Das Blatt nimmt an, daß Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten zu einem gefährlicheren Kampf führen könnten als der jetzige Krieg. Wenn die vereinte Seemacht der Vereinigten Staaten und Englands dazu verwendet würde, für einen englisch-amerikanischen Trupp eine privilegierte Befreiung auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu erobern, so würde das eine Zusammenarbeit zu dem ausschließlichen Zweck der Ausbeutung sein, die auf die Dauer durch Uneinigkeit untereinander und durch den Unwillen der anderen Völker doch mißglücken würde. Infolgedessen müsse man einen Völkerverbund schaffen.

Englische Verluste.

Haag, 21. Nov. Im englischen Unterhaus teilte der Unterstaatssekretär für den Krieg Lord Aberdeen mit, daß am 10. Nov. 1918 die militärischen Verluste mit Ausnahme der Verluste der Luftflotte, doch einschließlich der Verluste aus den Kronländern und Indien insgesamt an Toten, Verwundeten und Vermissten und Kriegsgefangenen 3 049 991 Mann betragen. Die britischen Verluste verteilten sich wie folgt: In Frankreich getötet: 22 769 Offiziere und 526 843 Mann, Gesamtverlust einschließlich der Verwundeten, Gefangenen und Vermissten 126 747 Offiziere und 2 592 895 Mann. In Italien getötet: 96 Offiziere und 941 Mann, Gesamtverlust 458 Offiziere und 6280 Mann. In den Dardanellen getötet: 1785 Offiziere und 31 737 Mann, Gesamtverlust 5430 Offiziere und 114 673 Mann. In Saloniki getötet: 285 Offiziere und 7330 Mann, Gesamtverlust 1217 Offiziere und 26 101 Mann. In Mesopotamien getötet: 340 Offiziere und 29 769 Mann, Gesamtverlust 4335 Offiziere und 993 244 Mann. In Argentinien getötet: 1098 Offiziere und 14 791 Mann, Gesamtverlust 3592 Offiziere und 54 261 Mann. In Ostafrika getötet: 380 Offiziere und 8724 Mann, Gesamtverlust 896 Offiziere und 16 829 Mann. Auf anderen Kriegsschauplätzen getötet: 133 Offiziere und 290 Mann, insgesamt 326 Offiziere und 2971 Mann.

einmal sage mir schnell noch, Onkel Rainer, wie lange bleibst du in der Residenz?“

„Wahrscheinlich nur wenige Tage. Ich bin jetzt in Ramberg schlecht abkömmlich. Im Frühjahr gibt es Arbeit für den Landwirt.“

Josta nickte verständlich.

„Natürlich, das weiß ich doch, trotzdem wir unsern Kohl nicht mehr selbst bauen, sondern das von unserm Bäcker besorgen lassen. Aber — da fällt mir ein — bist du denn im Palais Ramberg abgestiegen?“

„Ich bin eben daran vorbeigefahren und sah alle Fenster und Vorhänge dicht verschlossen.“

„Ich bin eben erst eingetroffen und ganz unangemeldet. Man hat mich nicht erwartet. Aber natürlich wohne ich dort.“

Josta lächelte froh.

„Oh, da werde ich morgen vorbeifahren und mich an den offenen Fenstern freuen. So verschlossen liegt das schöne alte Palais immer da. Also morgen mache ich dir mit meinem Dogcart Fensterparade. Darauf kannst du dir etwas einbilden. So leicht wird einem Herrn die Ehre nicht zuteil, daß ihm eine Dame Fensterparade macht.“

Mit hellem, warmem Lachen erteilte sie hinaus.

Die beiden Herren sahen ihr eine Weile nach. Dann blickten sie sich an, und der Minister sagte lächelnd:

„Du siehst, Rainer, sie ist im Herzen noch das reine Kind geblieben, trotz ihrer einundzwanzig Jahre und trotzdem sie mir nun schon seit drei Jahren die Hausfrau erregt und in Haus und Gesellschaft ihren Posten gut ausfüllt. Und wenn sie nun hört, was dich heute zu uns führt, wird sie es nicht lassen können. Bin ich doch selbst aufs höchste überrascht von deiner Werbung um Josta.“

Graf Ramberg atmete tief auf.

„Das heißt, du hast Bedenken, Magnus? Du bist mir die Antwort auf meine Werbung um die Hand deiner Tochter schuldig geblieben. Jostas Eintritt hat diese Antwort verzögert.“

Sie hatten wieder Platz genommen. Der Minister fuhr sich über die Stirn.

„Rein lieber Rainer, wie diese Antwort von meiner Seite ausfällt, wird dir nicht zweifelhaft sein. Ich habe keine Bedenken. Du hast einer Frau alles zu

stehen, was sie, die anspruchsvollste verlangen könnte. Du bist gesund und in den besten Jahren, eine Ehe zu schließen. Dein Name ist einer der stolzesten im Lande, du bist reich, Besitzer eines herrlichen Anwesens, — von Schellungen noch ganz abgesehen, das an sich auch schon ein ansehnlicher Besitz ist. Du wärst auch vor dem Tode deines Vaters reich, dessen Nachfolger du im Majorat geworden bist, eine sogenannte gute Partie gewesen. Jetzt bist du eine glänzende Partie. Und das wichtigste — ich meine dich als einen durchaus vornehmen Charakter, weißt du, daß du selten vorzügliche Eigenschaften als Mensch besitzt: — also — ich würde nicht, was ich gegen deine Werbung einwenden sollte. Es fragt sich nur, ob Josta deine Frau werden will. Einen Zwang werden wir beide nicht auf sie ausüben, sie muß freien Herzens entscheiden. Daß sie dich im Herzen hochhält und lieb hat, weißt du so gut als ich. Aber du wärst ihr bisher nur immer der gute Onkel Rainer, der ihr erst Blumen schenkte, dann Blumen und Konfekt, der ihr in Waldow Unterricht gab, sie zuweilen ein bisschen schulmeisterlich und neckte und von ihr wieder gewieft wurde. Deine Werbung wird sie vollständig überraschen, wie sie mich überrascht hat. Und wie ihre Entscheidung ausfällt, kann ich nicht wissen. Sicher hat sie nie daran gedacht, daß sie jemals in die Lage kommen könnte, über diese Frage zu entscheiden.“

Graf Ramberg strich sich mit der schönen, leicht gebogenen Hand über die Stirn, als versuche er ungewohne Gedanken.

„Ganz offen, Magnus, auch ich habe zuvor nie daran gedacht, ihr diese Frage vorzulegen. Du weißt ja besser als jeder andere Mensch, was hinter mir liegt. All die Jahre habe ich den Gedanken an eine Ehe von mir gewiesen. Aber nun will das nicht mehr gehen. Ich stehe im achtunddreißigsten Jahre — und — in meinem Herzen ist es nun endlich so ruhig und still geworden, daß ich den Gedanken an eine Ehe fassen kann. Und jetzt, als Majoratsbesitzer von Ramberg, fühle ich die Verpflichtung, eine Familie zu gründen.“

Fortsetzung folgt.

Von der Hilfleistung für Deutschland nichts bekannt.

Frankfurt a. M., 21. Nov. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus dem Haag, der Lebensmittelrat der Alliierten habe erklärt, daß ihm von einer Versorgung Deutschlands mit Fett, Fleisch und Mais nichts bekannt sei. Es werde auch nichts gegeben werden, ehe man nicht genau wisse, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen.

Sonntagsruhe im Zeitungsgerwerbe.

Quisburg, 21. Nov. Die Zeitungsverleger von Quisburg und Umgegend haben folgenden Beschluß gefaßt: Um allen Angehörigen volle Sonntagsruhe zu gewähren, haben wir beschloffen, die Tageszeitungen an auf Sonntag und Feiertage folgenden Tage nur einmal mittags um 1 Uhr herauszugeben.

Der Kaiser in Holland.

Haag, 21. Nov. Ministerpräsident Ruys erklärte in der Kammer, der Kaiser sei als Privatperson nach Holland gekommen. Die ihm gewährte Gastfreundschaft beruhe auf den besten Verhältnissen Hollands. Die Regierung werde darauf achten, daß nichts geschehe, was gegen die Interessen des Landes verstoße.

Die Engländer im besetzten Gebiet.

London, 21. Nov. Der Kommandant der 4. brit. Armee: erließ einen Befehl, die Truppen sollen nach Ueberwinden der Grenze zeigen, daß britische Soldaten nicht gegen Frauen, Kinder und Greise Krieg führen.

Ausschluß der Deutschen aus England?

London, 21. Nov. (Reuter.) Im Oberhaus erklärte Lord Curzon, die Regierung werde ein Gesetz einbringen, das den Ausschluß gewisser Personen aus England auch in Friedenszeiten zulasse und es der Regierung ermögliche, einen Unterschied zwischen den Angehörigen verschiedener Länder zu machen. Nach seiner Meinung sollen Deutsche nicht mehr zugelassen werden. (Trotz Völkerbund? S. S. 48.)

Der Achtstundentag in der luxemb. Industrie.

Luxemburg, 21. Nov. Die Luxemburger Regierung führt vom 1. Dezember ab in den großen industriellen Betrieben den Acht-Stundentag ein.

Weißte Garde in Oesterreich.

Wien, 21. Nov. Wie das „Fremdenblatt“ meldet, beschäftigen sich aristokratisch-konservative Kreise mit der Bildung einer weißen Garde zum Zwecke der Wiederherstellung des alten Regimes. Die leitenden Staatsmänner Oesterreichs werden keine Störung der Entwicklung der Republik Oesterreich dulden.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Rohlenversorgung der gewerblichen Verbraucher von weniger als monatlich 10 Tonnen.

Nach der Verfügung des württ. Arbeitsministeriums v. 14. ds. Mts haben die Gewerbetreibenden mit einem monatlichen Brennstoffbedarf von weniger als 10 Tonnen ihren monatlichen Bedarf und derzeitigen Bestand an Kohlen, Koks und Bricketts (je nach Sorten und Mengen) bis 20. ds. Mts. ihrem Versorgungsbezirk anzuzeigen.

Da bis jetzt nur wenige Meldungen hier eingekommen sind, werden die genannten gewerblichen Verbraucher aufgefordert, diese Meldungen ungehäuft schriftlich nachzuholen.

Den 20. Nov. 1918. J. S. Oberamtmann Münz.

Auskunftsstelle für heimkehrende Krieger in Nagold.

In der Bierstube des Gasthofs zur Post in Nagold ist eine militärische Auskunftsstelle für heimkehrende Krieger errichtet worden. Sie hat die Aufgabe, für die von ihren Truppenteilen abgesprengten Soldaten vorläufige Unterkunft und Verpflegung sowie Fahrtausweis in die Heimat oder in ihre Arbeitsstelle oder zu ihrem Truppenteil und nötigenfalls Geldunterstützung zu beschaffen.

Nagold, den 19. Nov. 1918. Oberamt:
J. S. Oberamtmann Münz.

Vom Roten Kreuz.

Gegenüber den vielfachen Anregungen in der Presse und in Zuschriften, die sich mit dem Einfluß der heimkehrenden Truppen beschäftigen, sei folgendes festgestellt:

1. Die Vorbereitung des Empfangs der Truppen liegt in den Händen des Arbeitsministeriums, das die hierzu notwendigen Vorbereitungen im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium und Generalkommando bereits getroffen hat.

Das Rote Kreuz hat sich mit seinem Personal und seinen Einrichtungen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. In Betracht kommen vor allem die Verpflegungsstellen in Stuttgart und den größeren Eisenbahnstationen des Landes. Diese Stellen werden in diesen Tagen eine nicht unwesentliche Erweiterung erfahren.

2. Die heimkehrenden Truppen erhalten durch ihre Ersatztruppenteile für jeden einzelnen Mann ein Liebesgabenpaket, wie es ursprünglich für Weihnachten bestimmt war.

3. Die Aufgaben des Roten Kreuzes liegen aber in erster Linie auf dem Gebiet der Verwundetenfürsorge. Die Arbeit auf diesem Gebiet wird aber noch weit über den Friedensschluß hinaus in großem Umfang vorhanden sein. Die hierzu nötigen Einrichtungen des Roten Kreuzes werden deshalb in der Hauptsache nach wie vor aufrecht erhalten werden müssen. In gewissem Sinne wird das auch für die Friedenszeit überhaupt der Fall sein müssen, da das gesamte Personal der freiwilligen Krankenpflege auch späterhin und zwar in ganz anderer Weise als bisher dem

allgemeinen Wohl zur Verfügung gestellt werden soll, so bei Epidemien, Unfällen usw.

Alle diese Aufgaben erfordern große Mittel, die sicherlich auch für die Zukunft der Oberstadt unserer schwäbischen Bevölkerung zur Verfügung stehen wird.

Nach Anlaß des Weihnachtsfestes werden außerdem an sämtliche Bekleglinge württ. Lazarette Weihnachtspakete abgegeben werden.

Geldbeträge für obengenannten Zweck werden durch die bekannten Sammelstellen, in Stuttgart durch die Tagesklasse des Roten Kreuzes im Königsbau auch fernerhin mit Dank entgegengenommen.

Arbeitsvermittlung.

Das Oberamt Calw macht bekannt:

Zum Vollzug des § 11 der Verfügung des Arbeits-Ministeriums vom 12. 11. 1918 (Staatsanzeiger Nr. 267) wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksrats und der näheren Regelung durch diesen für den Bezirk Calw ein Bezirksarbeitsamt mit dem Sitz in Calw errichtet. Das Amt ist vorläufig in dem Gebäude der Allgem. Ortskrankenkasse Calw, Ledertw. Nr. 161, untergebracht. Bis zur endgültigen Regelung hat die Geschäftsführung Herr Verwalter Pfaff bei der Allgem. Ortskrankenkasse hier übernommen. Aufgabe des Bezirksarbeitsamtes ist es,

1. die Arbeitsvermittlung für den Bezirk Calw in Angliederung an das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Stuttgart (Urbanstraße Nr. 6) zu besorgen.
2. die Aufgabe einer Meldestelle der Zentralauskunftsstelle für den Bereich des XIII. Armeekorps zu übernehmen.
3. für die infolge der Demobilmachung zurückkehrenden Soldaten als Auskunfts- und Meldestelle in Angliederung an die Demobilmachungsabteilung beim Landesamt für Arbeitsvermittlung in Tätigkeit treten.

Die Zuweisung weiterer Aufgaben bleibt vorbehalten, ebenso die Errichtung v. Nebenstellen in weiteren Bezirksorten, sofern ein Bedürfnis erwächst.

Wegen der Angliederung der Bezirke Nagold und Neuenbürg an das Bezirksarbeitsamt Calw sind Verhandlungen eingeleitet.

Mit der Errichtung des Bezirksarbeitsamtes wird das Gemeindefürsorgeamt Calw seine Tätigkeit einstellen.

Landesnachrichten.

Altensteig 22. November 1918

— Die Saliationsanstalten des Hilfsdienstgesetzes sind in Württemberg aufgehoben worden mit Ausnahme derjenigen in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Nottulm, als deren gemeinsamer unparteiischer Vorsitzender Konrad Feion in Stuttgart bestellt wurde.

— Beförderung von Zeitungspaketen mit der Eisenbahn. Die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen teilt mit, daß die bei den badischen Staatsbahnen bestehende Verkehrrsperre sich nicht auf Zeitungspakete bezieht.

— Neue Feuerungszulage. In der ersten Hälfte des Dezember, spätestens aber vor Weihnachten, soll nach einer amtlichen Meldung aus Berlin den Beamten und den Angestellten und Arbeitern in Staatsbetrieben eine neue Feuerungszulage etwa in der Höhe der Zulage vom September d. J. gewährt werden.

— Wirtschaftliche Abrüstung. Nach einer Verfügung des Arbeitsministeriums ist alsbald für jeden Kommunalverband ein Demobilmachungsausschuß zu errichten. In kleineren Kommunalverbänden soll die Zahl der Mitglieder höchstens 6, in größeren Betrieben höchstens 8 betragen. Als Vorsitzender wird bei Amtsbesprechungen der Oberamtsvorstand, bei Gemeinden der Ortsvorsteher bestellt. Der Vorsitzende ernannt die Mitglieder des Demobilmachungsausschusses, die zweckmäßigerweise aus den Mitgliedern der Bezirks- und Gemeindefürsorge für Arbeitsvermittlung ausgewählt werden und durch Mitglieder etwa gebildeter Arbeiter- und Soldatenvereine zu ergänzen sind.

— Freigabe beschlagnahmter Metalle. Das Demobilmachungsamt teilt mit: Von den Vorräten von Kupfer, Aluminium, Zinn, Antimon, Blei, Zink, Chrom, Natrium, Stahlhärtungsmetallen und allen Legierungen sollen von jetzt ab insgesamt bis zu 20 Prozent eines jeden Metalls ohne besondere Verwendungserlaubnis für Friedenszwecke verarbeitet, an Weiterverarbeiter geliefert und dem Verbraucher zugeführt werden. Von jeder Neuerzeugung werden gleichfalls laufend 20 Prozent freigegeben. Verträglich an Kriegsmetallgesellschaften zu liefernde Mengen müssen voll zur Ablieferung gebracht werden.

— Räuberbanden. Auf dem Schlesienschen Bahnhof in Berlin wurde eine Anzahl Personen festgenommen, die unter Mißbrauch der Armbinde große Mengen von Lebensmitteln „beschlagnahmten“. Bei einem Mann wurden 40 000 Mark gefunden. In Verbindung damit wurden zwei Personen festgenommen, die im Besitz von 3 Millionen Mark und eines großen Vagers von Lebensmitteln waren. Die Verbrecher hätten ihre Beute, wie es scheint, teils aus den Läden aus Rumänien geraubt, teils betrügerische Käufe bei den Soldaten gemacht.

— Schleichhandel und Lebensmittelpreise. Zwischen Ulm und Nürtinger wurden drei Personen aus Tübingen verhaftet, die 120 Pfund Butter, 15 Pfund Schweinefleisch und 15 Pfund Mehl mit sich führten. Die Untersuchung ergab, daß schon seit einiger Zeit ein gewerbsmäßiger Schleichhandel zwischen Ulm und Tübingen von diesen Händlern ausgetrieben wurde. Ein Ja-

weber in Ulm keierte fast jede Woche mit einem dortigen Händler einen Zentner Butter zu 650 Mk.; von dem ersten Zwischenhändler ging die Ware an einen zweiten Händler in Ulm zum Preis von 950 bis 1150 Mk. Dieser verkaufte die Ware vom 1400 bis 1600 Mk. an die Tübingener Händler und die letzteren machten dazu ihre entsprechenden Aufschläge.

Calw, 11. Nov. (Ein starkes Stückchen.) Einem Bauern von Leonberg, der mit seinem Wagen das Gepäck heimkehrender Franzosen zu befördern hatte, wurde der Wagen samt Pferden am Dienstagabend vom „Babilischen Hof“ fortgeführt. Den Bemühungen eines hier einquartierten Offiziers und eines Sergeanten gelang es, Pferde und Wagen wieder beizubringen. Der Wagen stand vor dem Haus eines Nachbarorts, die Pferde befanden sich in dem dazu gehörigen Stall.

Stuttgart, 21. Nov. (Merkwürdige) Das k. Generalkommando ist dem Kriegsministerium unterstellt worden. Das Ministerium selbst untersteht der Bewachung durch die prov. Regierung.

Stuttgart, 21. Nov. (Erklärung) Der Bund der Landwirte, die am 18. Nov. im „Herzog Christoph“ hier stattfand, beschloß, der selbigen Bezeichnung Bund der Landwirte den Name „Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund“ beizufügen. Zum Landesvorsitzenden wurde Dekonomierat Bogl gewählt, als Stellvertreter Bauer Karl Bergeroth-Jagstheim und Weingärtner Karl Haag junger Heilbronn. Die Geschäftsführung bleibt in den Händen des Redakteurs Theodor Körner-Stuttgart. Die Versammlung beschloß ferner einen Aufruf: Eine Minderheit hat das ganze politische Leben nach einseitigen Grundrissen umgestaltet. Der Zustand kann aber nur durch vorübergehende sein, wie sich auch die gegenwärtige Regierung selbst als eine provisorische bezeichnet. Die Landbevölkerung wird sich auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung stellen, die Barmahme der Wahlen von Landes- und Reichsversammlungen, um die künftige Ordnung durch bindende Gesetze zu schaffen, ist aber sofort vorzunehmen. Der Bund der Landwirte wird sich an den Wahlen mit Lastrast beteiligen und mit denjenigen Parteien zusammenarbeiten bereit sein, die künftige der Landwirtschaft und dem Mittelstand in Stadt und Land die ihnen zustehende Berücksichtigung zuteil werden lassen. — Regierungsrat Ströbel richtete an die Landwirtschaft die Bitte, das Getreide möglichst rasch anzudreschen und abzuliefern, den Schleichhandel zu bekämpfen und die landwirtschaftlichen Ergebnisse an die geordneten Sammelstellen abzuliefern. Die Versammlung verlangte, daß Schritte geschehen, um die Landbevölkerung von der Belästigung der Kammererei zu befreien. Bevor das nicht geschehe, sei an eine geordnete Ablieferung nicht zu denken.

Stuttgart, 21. Nov. (80. Geburtstag) Der frühere Präsident des kath. Kirchenrats, Dr. Emil v. Hefele, feiert heute den 80. Geburtstag.

Efingen, 20. Nov. (Truppenheimkehr) Unter großem Jubel trafen heute vormittag 6 Kompagnien (1250 Mann) des Feld-Rekruten-Depots der 204. Infanterie-Division ein und marschierten hinfort in die neue Kasern, wo sie bis auf weiteres Quartier bezogen.

Möhringen a. F., 21. Nov. (Zeitungsstop) Der „Süddeutsche“ schreibt: Infolge Witterung der Stromzufuhr von Seiten der Redarwerke, sehen wir uns genötigt, unsere nächste Ausgabe am Freitag ausfallen zu lassen.

Vadnang, 21. Nov. (Bürgerwehr) Für den Fall, daß die Truppen in Auflösung zurückzuziehen, ist hier auf Anordnung des Ministeriums eine Bürgerwehr von 80 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegründet worden.

Horb, 20. Nov. (Der falsche Soldatenrat.) Mitten in der Nacht wurde Metzgermeister Kammmer herausgeschleift. Vor dem Hause standen sechs Personen, darunter ein Unteroffizier mit dem Revolver und ein Soldat mit dem Gewehr. Sie erklärten, im Auftrag des Stuttgarter Soldatenrats zu kommen, um die Geschäftsräume nach verborgenen Lebensmitteln zu durchsuchen. Alles, was im Hause war, wurde durchsucht. 160 Pfund Fleisch und Fett wurden „beschlagnahmt“. Auch etwas Wurst und Wein wurde dem „Soldatenrat“ verabreicht, da er Hunger und Durst habe. Dann verschwand der „Soldatenrat“, ohne zu bezahlen, mit der Angabe, daß alles vom Soldatenrat in Stuttgart beglichen würde. Auch in Reiningen und Altheim sind die Schwindler aufgetreten. Vier Mann sollen bereits verhaftet sein.

Horb, 21. Nov. („Soldatenmutter von Jany.) Diesen Ehrentitel erhielt durch Beschluß des Soldatenrats die stets hilfsbereite Schlossfrau von Neutrauburg, Fräulein Sophie von Waldburg-Sorgenheim.

Bermischtes.

Die bayerische Gendarmerie wird sich nach dem „N. N.“ in einen genossenschaftlichen Verband zusammenschließen.

Widerrechtlich erschossen. Der Jahntedniker Till in Rötin hatte unter dem Vorgeben, Mitglied des A- und S-Klubs zu sein, mit einem gewissen Kuhn den 14-jährigen Sohn eines Brannerarbeiters wegen angeblicher Bedrohung festgenommen und ihn im Gefängnis eigenmächtig „zum Tode verurteilt“. Auf Befehl Tills wurde der Verhaftete dann auch sofort durch Soldaten erschossen. Till und Kuhn sind festgenommen worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Nov. Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, sind zum Schutz des Dämos der Stadt, das Rekrutendepot der 2. Gardebrigade, sowie zwei Pionierkompagnien namentlich nach Posen abgefahren.

Berlin, 22. Nov. Ueber eine Waffentat der deutschen Garulion von Lody berichtet der Berliner Lokalanzeiger: 1700 Mann deutsche Soldaten aller Stämme haben sich aus Lody zu Fuß mit den Waffen nach Deutschland durchgeschlagen. Aus Lody trafen gestern der Vorgesetzte ihres Soldatenrats in Berlin ein und gab an: Generalgouverneur von Bessler verließ mit den meisten Offizieren die Truppen bei Nacht und Nebel. Die deutsch-polnischen Offiziere gingen zu den Polen über, wo sich die deutschen Truppen entwaffnen ließen, wurden sie nacher bis aufs Heind ausgeplündert. Die Truppen aus Lody und Babianje marschierten mit Gepäck und Waffen ab als feindliche Truppe mit Sicherungen wie in Feindesland unter dem Befehl ihres Soldatenrats. Bei Staradz er kämpften sie sich den Wachtübergang im Handgranatenkampf gegen polnische Legionäre. Vergeblich versuchten Offiziere vom Landsturmbataillon sie an der deutsch-polnischen Grenze zur Auslieferung ihrer Waffen an die Polen zu bestimmen. Sie hörten so wenig auf sie wie auf die Soldatenräte an der Grenze, die im Bunde mit den Polen stehen. Diese heimgekehrten deutschen Soldaten sind der Ueberzeugung, daß durch Feigheit und Verrat ungeheure

Vorräte an Waffen und Lebensmitteln dem deutschen Volk verloren gehen.

Wien, 22. Nov. (Wiener Post-Zeit.) Gestern früh machte der Bürgermeister durch Plakate Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft italienischer Truppen in der deutschen Stadt Innsbruck. Nach Informationen an zehntägiger Stelle sollten um 9 Uhr vormittags 5000 Italiener eintreffen und heute sollten noch weitere 10000 Mann folgen, die gestern in der Nähe von Natral gelagert hatten. Mittags kam jedoch die Meldung, daß die Italiener den Befehl erhalten hätten, nicht nach Innsbruck abzumarschieren und daß sie vorläufig in Natral blieben.

Bern, 22. Nov. Der Berner Amerikanische Presseklub hat die vorgesteigte Meldung der französischen Presse über Wilsons Reise nach Europa sofort nach Eröffnung des Kongresses in der ersten Dezemberwoche.

London, 22. Nov. Reuter erzählt, daß die britische Kavallerie gestern das Waterloo-Feld überschritt und gegen die deutsche Grenze vorrückte. Eine große Anzahl deutscher Geschütze wurde vorgestern in einzelnen Gruppen an verschiedenen Frontstellen durch britische Offiziere übernommen. Die britischen Offiziere übergaben den deutschen Offizieren schriftliche Empfangsbestätigungen. Die mit der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen betrauten deutschen Offiziere waren auf Grund ihrer Kenntnis der englischen Sprache ausgewählt worden.

Darmstadt, 22. Nov. Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin hat die hessische Staatsregierung gestern folgenden Protest an die Reichsregierung gerichtet: Die hess. Regierung erhebt bei der Reichsregierung schärfsten Einspruch gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten u. gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch den Erlaß von Befehlen und Verordnungen. Die hess. Regierung verlangt unter allen Umständen schnelle Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des gefeierten Zustandes wird der Reaktion in die Hand gearbeitet und andererseits die Gefahr vermehrt, daß die Intente sich in die innerdeutschen Verhältnisse einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet wird. Wir wollen nicht an Stelle der glücklicherweise vernichteten preussischen Militärdiktatur eine einseitige preussische Diktatur eintauschen.

London, 22. Nov. Die deutschen Kriegsschiffe, die gestern übergeben wurden, bestanden aus neuen Schlachtschiffen, 5 Schlachtkreuzern, 7 leichten Kreuzern u. 50 Zerstörern. An der vereinbarten Zahl fehlten somit 1 Schlachtschiff und 1 leichter Kreuzer. Es wurde indessen erklärt, daß diese Schiffe später übergeben werden würden. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die große Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Forth, wo sie nachts über blieben, um dann nach Scapa weiter zu fahren.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saal.

Landwirtsch. Bezirksverein Calw.

Die neue deutsche Regierung hat alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung zu

gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten

ausgerufen, um die Volksernährung, Ruhe und Ordnung, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen.

Wir fordern unsere Mitglieder hiemit auf, daß sie diesem Aufruf entsprechend sich bei der Bildung von Bauernräten beteiligen.

Calw, 20. Nov. 1918.

Der Vereinsvorstand:
J. A.: Oberamtspfleger Fichter.

Altensteig.



Todesanzeige.

In tiefem Schmerz teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber einziger Sohn und Bruder

Kanonier Karl Kappler

durch einen Granatsplitter im Alter von 19 Jahren sein Leben lassen mußte.

In tiefer Trauer

die Mutter:
**Elise Kappler geb. Theurer
und Geschwister.**

Trauergottesdienst Sonntag, den 24. Nov., 7/10 Uhr.

Altensteig.



Todesanzeige.

Schmerzfüllt machen wir Verwandten und Bekannten die überaus traurige Mitteilung, daß unser lieber guter Sohn, Bruder und Enkel

Musketier Wilhelm Eppler

im Inf.-Rgt. 120

am 12. Oktober durch einen Halschuss im Alter von 20 Jahren seinem Bruder in die Ewigkeit nachgefolgt ist.

Die trauernden Eltern:
**Gottlob Burgäzi mit Frau
und Geschwister.**

Trauergottesdienst Sonntag, 24. Nov. vorm. 7/10 Uhr.

Seid eingedenk der Heldentaten unserer heimkehrenden Krieger.

**Kranz-
Inschriften**

„Herzlich Willkommen
in der Heimat“

sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg.

Altensteig.

Badanstalt

von jetzt ab wieder
jeden Samstag
geöffnet.

Joh Seeger.

Magold.

Einen Wurf schöne, starke
 **Milch-
schweine**

hat zu verkaufen.
**Chr. Moser,
s. gr. Baum.**

Gute, schreibfähige
Briefspapiere
und
Briefumschläge
sowie
Kanzleipapiere
liniert und unliniert
Amtsumschläge
in guter Qualität
Briefmappen
in Füllungen mit prima
Briefpapier und Umschlägen
Briefpapier-Schachteln
(Raffetten)
und gediegener Auswahl
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlung
Papier- und Schreibwarenhandlung
Altensteig.

Altensteig.

Einladung.

Wir veranstalten
heute Freitag Abend
im Saal des „Grünen Baum“
ein
Abschiedstanzfränzchen

und laden hiezu die hiesige Einwohnerschaft freundlichst ein.

2. Batterie
des Fuß-Art. Batl. 128.

Altensteig-Dorf, den 22. Nov. 1918.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser I. Vater, Bruder, Groß- und Schwiegervater

Jakob Klais

Schreiner und Gemeindevater

nach langer, schwerer Krankheit heute früh 5 Uhr im Alter von 63 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

die trauernde Gattin:
**Anna Maria Klais geb. Schumacher
mit ihren Kindern.**

Beerdigung Sonntag Nachmittag 2 Uhr.

Sornberg.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Verluste unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Johannes Blaid

erfahren durften, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers und den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern sagen innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

